



60 JAHRE - ERINNERUNG AN DEN KRIEG

■ Analyse

Der „Tag des Sieges“ 2005.

Internationalisierung und Kontinuität der Erinnerung. Andreas Langenohl, Gießen 2

■ Tabellen und Grafiken zum Text

Die Bedeutung des „Tages des Sieges“ (9. Mai) als Feiertag 5

■ Dokumentation

Die Verluste der sowjetischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg 7

■ Umfrage

Die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges in der russischen Gesellschaft heute 9

Denkmäler für Stalin? 11

Das heutige Deutschland und die Vergangenheit 13

■ Dokumentation

Erklärung von Memorial zum „Verbrechen von Katyn“ 19

■ Chronik

Vom 28. April bis zum 5. Mai 2005 21

Analyse

Der „Tag des Sieges“ 2005

Internationalisierung und Kontinuität der Erinnerung

Andreas Langenohl, Gießen

Zusammenfassung

Die Moskauer Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs – dem „Tag des Sieges“ – werden als Teil einer internationalen Kommemorationsinszenierung, wie sie auch beim Gedenken an die Landung in der Normandie im Juni 2004 in Frankreich arrangiert wurden. Gleichzeitig aber sind russische Führung und Teile der Öffentlichkeit besorgt, dass die Rolle der Sowjetunion im Krieg vom Ausland nicht richtig wahrgenommen wird. Um dem entgegenzutreten, wird bei der Ausrichtung der Feiern an sowjetische Deutungskontinuitäten angeknüpft, was wiederum bei Vertretern der demokratischen Opposition auf Kritik stößt. Die Spannungen zwischen der von der russischen Regierung fortgeführten sowjetischen Erinnerungspolitik und der gebrochenen Erfahrung der russischen Gesellschaft bestehen also weiter.

Ein Mythos lebt weiter

„Der Mythos des Großen Vaterländischen Kriegs ist der letzte die gesamte Gesellschaft betreffende Gedanke, der die Wirren der Perestrojka überlebt hat.“ So charakterisiert „Russland-Aktuell Online“ die Bedeutung der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941–1945 im Vorfeld der Feiern zum 60. Jahrestages des Sieges im.

In der Tat ist es in der Perestrojka zu einer „Umwertung der sowjetischen Geschichte“ (Dietrich Geyer) gekommen. Viele der sowjetischen, zivilreligiösen Vergangenheitssymbole – wie etwa der Mythos der Oktoberrevolution – haben ihre symbolisch-politische Kraft verloren. Dass die Erinnerung des „Großen Vaterländischen“ dieses Schicksal nicht teilen würde, war keineswegs vorauszusehen. Die neunziger Jahre waren von einem anhaltenden Konflikt bestimmt. In der intellektuellen Öffentlichkeit und der Geschichtsschreibung setzte man sich darüber auseinander, ob die sowjetische Erinnerungsweise des „Großen Sieges“ einfach fortgeführt, oder ob sie durch eine dezidiert antisowjetische Deutung abgelöst werden sollte, die neben den Opfern des Krieges auch die Opfer der kommunistischen Diktatur kommemorierte.

Heute, im Jahre 2005, ist klar, dass die offizielle Kriegserinnerung – im Gegensatz zur Erinnerung an die Oktoberrevolution – aus dem Bestand sowjetischer, symbolisch-politischer Praktiken in die postsowjetische Gegenwart hinübergerettet werden konnte. Bei der Inszenierung 2005 verdeckt die

Erinnerung des Sieges buchstäblich die Erinnerung der Oktoberrevolution: Ein gigantischer, rot-orangerer fünfzackiger Stern mit der Inschrift „60 Jahre Sieg“ wird bei der Parade am 9. Mai auf dem Roten Platz den Hintergrund der Regierungstribüne abgeben und das Lenin-Mausoleum den Blicken des Publikums entziehen.

Die Internationalisierung des Gedenkens

Das Publikum der Siegesparade wird in diesem Jahr ausgesprochen international sein. Über 100 Delegationen aus verschiedenen Ländern und mehr als 50 Staats- und Regierungschefs werden zu den Feiern erwartet.

Die Einladungen an ausländische Staatsoberhäupter und Regierungschefs ergingen im Laufe des Jahres 2004. Unter den Eingeladenen sind die Vertreter der Alliierten Jacques Chirac, George W. Bush und Tony Blair. Eingeladen ist auch Gerhard Schröder aus dem Land des ehemaligen Gegners. Für Verstimmung sorgten die Absagen des estnischen und litauischen Präsidenten, die damit dagegen protestierten, dass Moskau sich der Einsicht verweigert, dass die Sowjetunion die baltischen Staaten okkupiert hat (die Duma hatte noch am 23.11. 2004 eine Resolution verabschiedet, die den 60. Jahrestag der Befreiung des Baltikums vom Faschismus würdigte). Zwischen März und April hatte es Verwirrung um die Frage gegeben, ob Japans Premier Koizumi zur Gedenkfeier anreisen würde. Der neu gewählte Präsident der Ukraine



Juschtschenko hatte mit der Begründung abgesagt, sich nicht in Moskau aufhalten zu wollen, während in Kiew die Veteranen geehrt würden. Schließlich gab es internationale Irritationen, da Russland auch den Nordkoreaner Kim Jong Il eingeladen hatte. Eine definitive Zusage steht im Moment allerdings noch aus, wird aber von russischer Seite für wahrscheinlich gehalten.

Diese Einladungen erfolgten im Kontext der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie, zu Jacques Chirac Putin während seines Besuchs in Moskau am 2. April 2004 eingeladen hatte. Auf einer internationalen parlamentarischen Konferenz in St. Petersburg, die die Interparlamentarische Versammlung der GUS-Mitgliedsländer, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, der Nordischen Rates und andere internationale Parlamentsorganisationen im April 2005 veranstalteten, wurde eine Deklaration gegen Rassismus, Faschismus, Extremismus und nazistische Symbolik verabschiedet. Die Feierlichkeiten in der Normandie im Juni 2004 und die in Moskau im Mai 2005 erscheinen so als Erinnerungsorte, die den Anfang und das Ende einer internationalen Anstrengung zur Zerschlagung des Nationalsozialismus markieren.

Dementsprechend wird die Internationalisierung des Gedenkens von den Organisatoren der Moskauer Feierlichkeiten durchaus ernst genommen. Die Spruchbänder, die für die zentralen Feiern in Moskau vom 7. bis 9. Mai 2005 entworfen wurden, geben das Motto „Für alle – ein einziger Sieg!“ in russischer und englischer Sprache wieder. Und im Park der Gedenkstätte „*Poklonnaja gora*“ (die im 50. Gedenkjahr 1995 von Jelzin eingeweiht wurde) wird ein Denkmal enthüllt werden, das an die Zusammenarbeit der Anti-Hitler-Koalition im Kampf gegen den deutschen Faschismus erinnert.

Dass die Internationalisierung des russischen Gedenkens auch inhaltlich Konsequenzen hat, belegen die Worte des russischen Botschafters in den Niederlanden, der am 13. April 2005 in Den Haag eine Wanderausstellung mit Fotos aus dem Großen Vaterländischen Krieges eröffnete: „[W]ir neigen unsere Häupter vor den Helden, die auf den Schlachtfeldern fielen, vor den Opfern des Holocaust, die in den nazistischen Krematorien und Gaskammern umkamen, und

vor denen, die vor Hunger und Krankheit während dieses schrecklichen Krieges starben, der 50 Millionen Opfer forderte.“ Damit löste sich der Botschafter von der oft kritisierten Tendenz des russischen Kriegsgedenkens, die nichtsovjetschen Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs zu beschweigen.

Auf der anderen Seite initiierte Putin am 2. Juli 2004 eine „Informationskampagne“, die sowohl an das russische als auch an ein internationales Publikum gerichtet ist und zum Ziel hat, die „historische Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg“ zu popularisieren und insbesondere „sich Versuchen entgegenzustellen, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu entstellen, zu revidieren, den Beitrag unseres Landes in der Zerschlagung des Nazismus zu verkleinern.“ Dies zeigt, dass höchste staatliche Stellen sich sorgen, dass die Rolle der Sowjetunion im Krieg nicht richtig wahrgenommen wird und dass die internationale Öffentlichkeit dabei weniger als ein Partner in der kollektiven Deutung der Kriegereignisse als vielmehr als zu überzeugendes Publikum gesehen wird.



Die Anknüpfung an sowjetische Gedenkpraktiken

Gerade in diesem Zusammenhang stellt sich aber die Frage, in welchem Verhältnis die internationale Einbettung der Siegesfeierlichkeiten zu jenen Deutungskontinuitäten steht, die in die sowjetische Vergangenheit zurückweisen.

Die maßgebliche „Heldensymbolik“ des Großen Vaterländischen Krieges wurden nicht unter Stalin oder Chruschtschow, sondern erst unter Breschnew verankert. Sie sollte der Erziehung der Nachgeborenen zum Respekt gegenüber der Kriegsgeneration und der Kommunistischen Partei dienen. Einige dieser motivischen Elemente und symbolischen Praktiken werden auch in den Gedenkfeiern des Jahres 2005 aufgegriffen. So gibt die russische Zentralbank 60 Mio. 10-Rubel-Gedenkmünzen heraus, eine Praxis, die früher „buchstäblich jedem Bürger der Sowjetunion das Symbol [des Sieges] ins Gedächtnis [gestanzt]“ hatte (Scherrer). Insgesamt werden 50.000 Fahnen, Megaposter und Installationen die Hauptstadt schmücken. Auf den Megapostern sind sowjetische Kriegsorden und ein

rot-orangener fünfzackiger Stern – das Zentralsymbol der Gedenkfeiern – abgebildet. Die unmissverständliche Reminiszenz an die Sowjetunion wird durch die schwarzgelben Bänder des Orden des Großen Vaterländischen Krieges, die seinerzeit vom zarischen Georgsorden übernommen wurden, in einen erweiterten geschichtlichen Kontext gestellt: Der Heilige Georg der Drachentöter, der „Siegreiche“ (*Georgij Pobedonosce*), stellt seit den neunziger Jahren eine gerade von „nationalpatriotischen“ Kreisen oft bemühte Deutungsschiffre für die Sieghaftigkeit russischer Staatlichkeit dar.

An der zentralen Parade am 9. Mai nehmen neben 7.000 Soldaten auch (je nach Angabe) 2.340 bis 2.600 Veteranen Teil; weitere 1.500 Veteranen sitzen als Ehrengäste auf den Tribünen. Für die an der Parade Beteiligten stehen speziell angefertigte, den legendären SIS-5-Andershalbtornern („*Polutorki*“) nachgebaute Fahrzeuge bereit, und zwar unter den Standarten der zehn Fronten, in derselben Reihenfolge wie auf der Parade 1945. Auf weiteres militärisches Gerät wird bei der Parade verzichtet. Wie bei sowjetischen und russischen offiziellen Großveranstaltungen üblich, soll durch die künstliche Herbeiführung des Abregnens von Schlechtwetterfronten sonniges Wetter in Moskau garantiert werden – erstmals für einen Zeitraum von drei Tagen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt auch der Einbeziehung der Jugendlichen. Wie der Vorsitzende des Moskauer Städtischen Rates für Kriegsveteranen und Pensionäre, Vladimir Dolgich, betont: „Die Wahrheit über den Krieg zu erzählen, ist eine wichtige Sache für die Erziehung einer patriotischen Jugend.“ Dies soll etwa durch ein Konzert des Popstars Oleg Gasmanow erreicht werden, das am 2. Mai im Sportkomplex Luschniki stattfand und unter dem Zeichen des Kriegsgedenkens stand.

Die Veteranen und die Hinterbliebenen werden von der Administration besonders in den Blick genommen. Präsident Putin kündigte am 2.7. 2004 an, dass nachträglich Kriegsorden an diejenigen verliehen würden, die sie bisher nicht erhalten hätten. Die logische Implikation, dass es sich dabei eigentlich nur um Opfer der Stalinschen Repressionen handeln kann, wurde nicht erwähnt. Ferner soll ein Informationszentrum über Soldatengräber, Gefallene und Verschollene eingerichtet werden, das Auskunft über den Verbleib von Kriegsoffizieren gibt. Außerdem sollen die Veteranen über ein neues System der Auszahlung von

Sonderleistungen aufgeklärt werden, nachdem Anfang des Jahres die bisherigen staatlichen Vergünstigungen für Kriegsveteranen gestrichen worden waren. Der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow stellte am 19.4.2005 bedürftigen Veteranen 2.000 Wohnungen in Aussicht.

Schließlich ist die Amnestie zu erwähnen, der die Staatsduma am 20.4. zugestimmt hat und die für „verurteilte und in Haft befindliche Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und für ehemalige Gefangene von Konzentrationslagern“ gelten soll. Der Vorsitzende des Duma-Komitees für die Legislative, Pavel Krascheninnikow, gab Auskunft, dass es sich bei dieser Gruppe um etwa 200 Personen hohen Alters handle. Der ursprüngliche Plan einer

Teilamnestie, die Krascheninnikow Ende Januar 2004 angekündigt hatte, sah vor, die „Teilnehmer von Kampfhandlungen, Kriegen und lokalen Konflikten, die, welche schon 50 bis 70% der durch Urteil verhängten Haftstrafe“ verbüßt hätten, zu amnestieren und die Amnestie auf das gesamte Gebiet der russischen Föderation auszudehnen, „eingeschlossen die Tschetschenische Republik.“ In der Zwischenzeit haben die politischen Institutionen und Akteure jedoch offenbar andere Prioritäten gesetzt, wie die jetzt beschlossenen

Amnestie zeigt, die Teilnehmer späterer Kriege nicht mehr einbezieht, sondern nur noch für Veteranen und Opfer des zweiten Weltkrieges gilt.

Sicherheitsmaßnahmen – der „graue Schatten Stalins“?

Gleichzeitig werden die Gedenkveranstaltungen in Moskau von einer dramatischen Verstärkung der Sicherheitsvorkehrungen und von einer Verschärfung von Kontrollen begleitet. An den in Frage stehenden Tagen werden alle Personen, die nach Russland einreisen, besonders gründlich überprüft. Ferner wurde über Deportationen von Obdachlosen und illegalen Zuwanderern ins Moskauer Umland sowie über Zwangsschließungen von Kiosken in der Moskauer Innenstadt berichtet. Der Historiker Alexander Archangelski nahm diese Berichte zum Anlass, vor dem „grauen Schatten Stalins“ zu warnen, der auf den Feiern liege.

Der Leiter der Innenbehörde der russischen Hauptstadt, Wladimir Pronin, gab am 20. April bekannt, dass das Zentrum Moskaus für Einwohner und Gäste über die bei solchen Gelegenheiten üblichen Maßnahmen hinaus (20.000 Milizionäre werden die



Feiern sichern) nicht abgeriegelt werde. Damit trat er in den Medienmeldungen entgegen, dass weite Teile der Innenstadt für jegliche Öffentlichkeit gesperrt würden und die Behörden der Wohnbevölkerung rieten, die drei Tage der Feierlichkeiten auf der Datscha zu verbringen.

Am Tag der Parade werden über Moskau mehr als 20 gefechtsbereite Abfangjäger und Kampfhubschrauber kreisen. Der Befehlshaber der Moskauer Luftabwehr, Generaloberst Juri Solowjow, bezeichnete am 8. April die von der italienischen Luftabwehr getroffenen Maßnahmen anlässlich der Beerdigung von Papst Johannes Paul II. als „gutes Beispiel“ für die Berechtigung solcher Maßnahmen bei öffentlichen Großveranstaltungen. Entführte Passagiermaschinen

im Moskauer Luftraum sollen auf seinen Befehl hin abgeschossen werden dürfen.

Der internationale Rahmen der Gedenkveranstaltungen kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die offizielle Erinnerung an ein glorreiches Ereignis der Vergangenheit die innerhalb Russlands schwellenden Widersprüche und die Konflikte über die Bedeutung der sowjetischen Vergangenheit bisher nicht geglättet hat. Archangelskis Erinnerung an „Stalins grauen Schatten“ zeigt, dass die Spannungen zwischen der von der russischen Regierung fortgeführten sowjetischen Erinnerungspolitik und der gebrochenen Erfahrung der russischen Gesellschaft nicht gelöst sind.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über den Autor

Dr. Andreas Langenohl ist wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Justus-Liebig-Universität Gießen im Bereich Politische Soziologie und Kultursoziologie.

Lesetipps:

Langenohl, Andreas, Staatsbesuche. Internationalisierte Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Russland und Deutschland, in: Osteuropa, 55. Jg., 2005, Heft 4–5, S. 74–87.

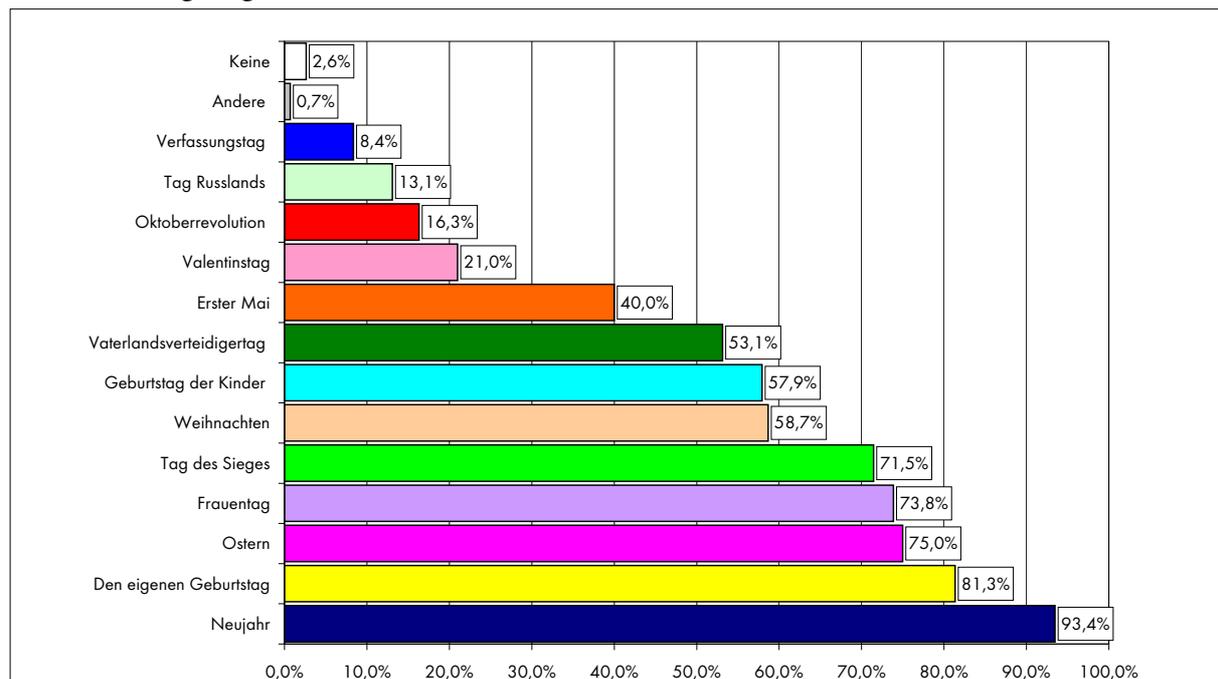
Scherrer, Jutta, Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung, in: Monika Flache (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, Band II, Mainz: Verlag Philipp von Zabern, 2004, S. 619–657.

Tabellen und Grafiken zum Text

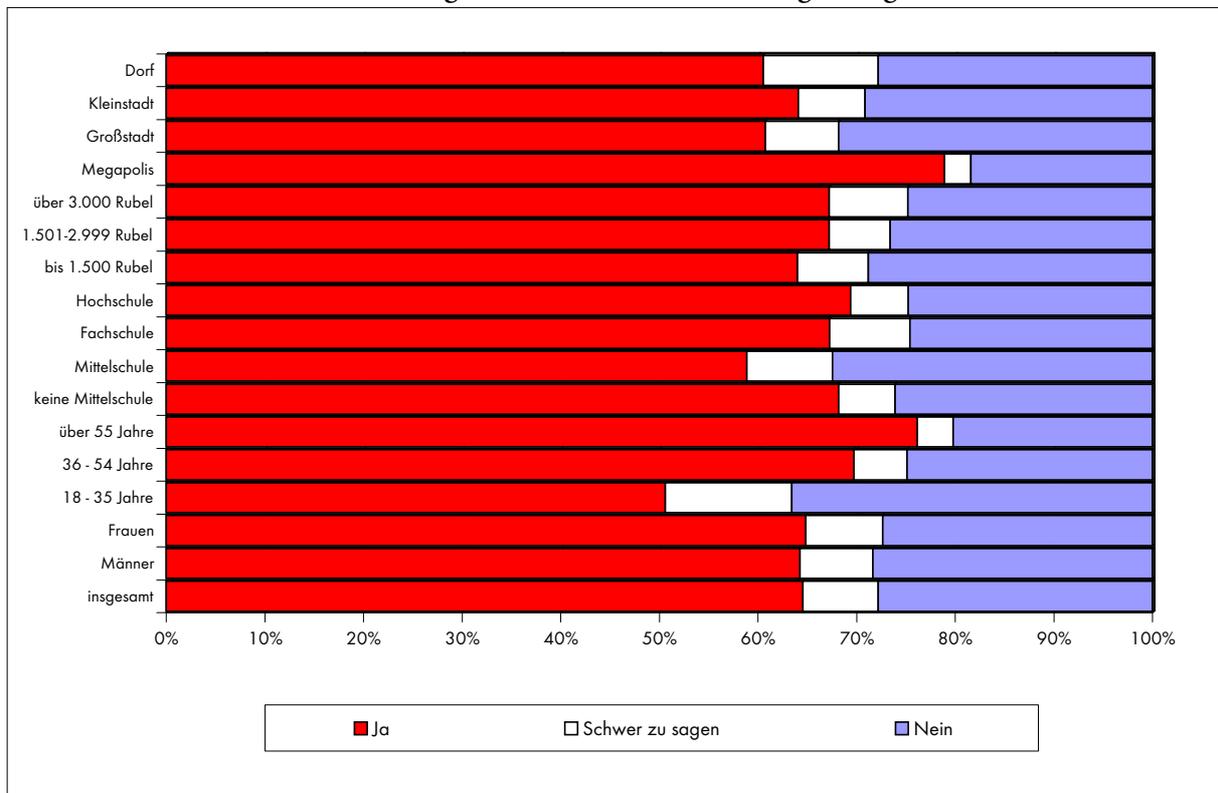
Die Bedeutung des „Tages des Sieges“ (9. Mai) als Feiertag

Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM), 23.–24. April 2005

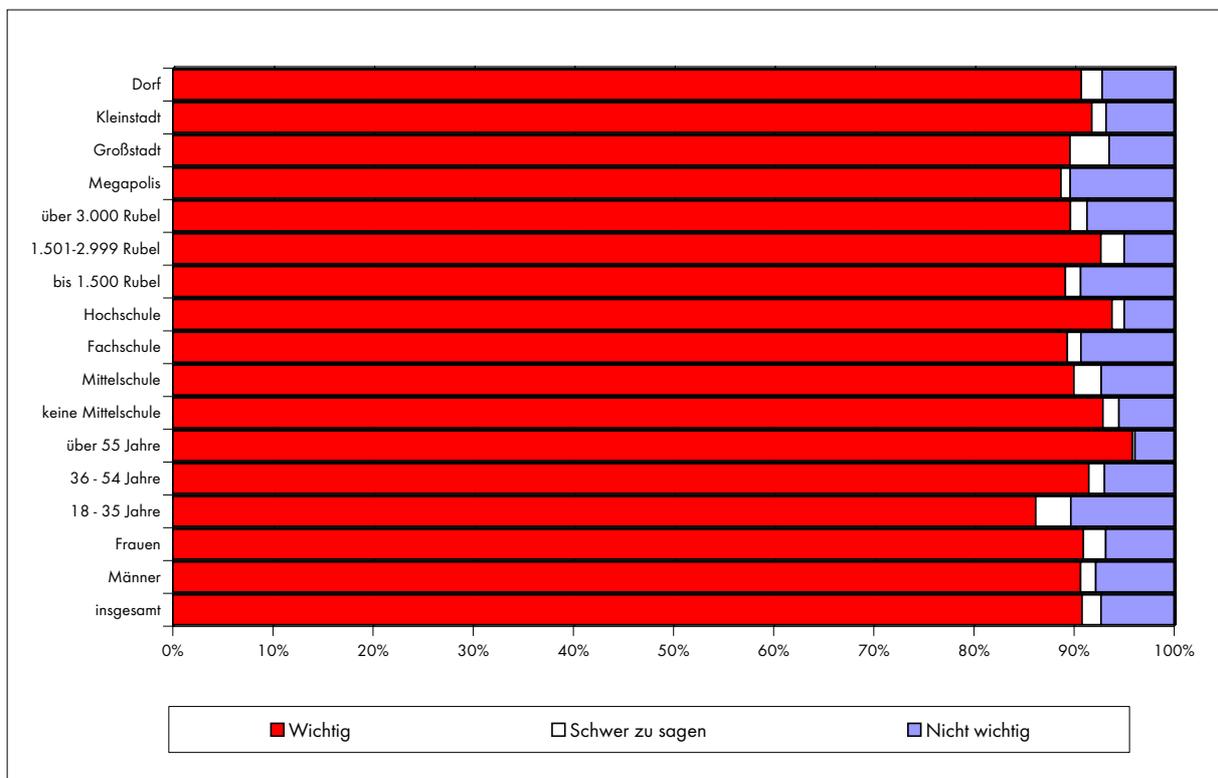
Welche Feiertage begehen Sie festlich?



Sind im Großen Vaterländischen Krieg Verwandte oder Familienmitglieder gefallen?



Ist der 9. Mai für Sie ein besonderer, wichtiger Tag?



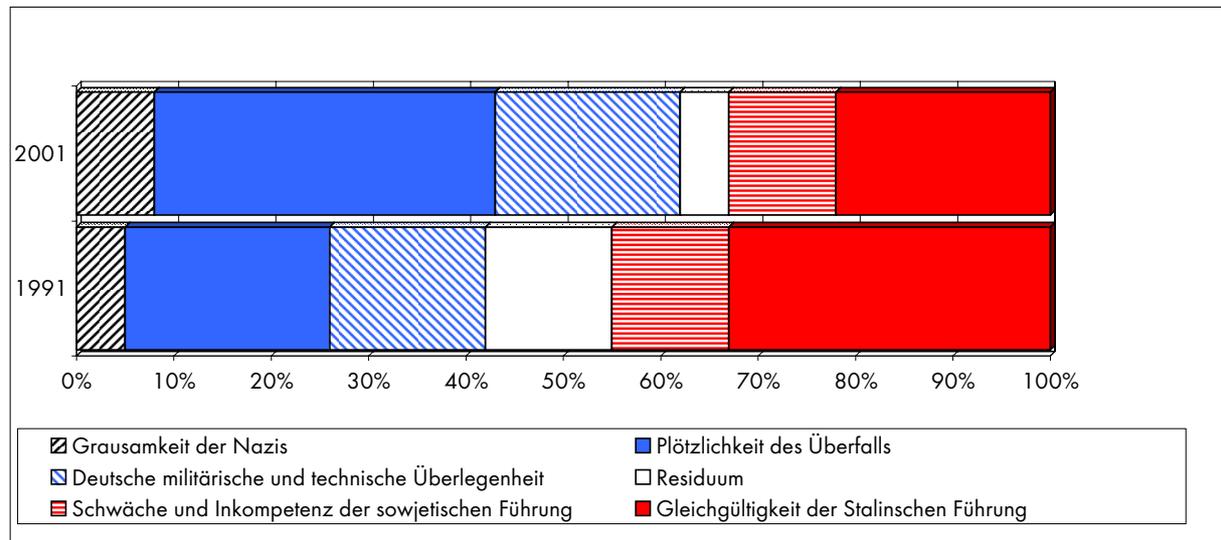
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0517.zip>

Dokumentation

Die Verluste der sowjetischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg

Der deutsche Angriff und der Rasse- und Vernichtungskrieg, den das Deutsche Reich gegen die Sowjetunion führte, kostete Millionen von Menschenleben. Heute nimmt man an, dass im Kriege zwischen 20 und 27 Millionen Sowjetbürger getötet wurden, über die Hälfte davon Zivilisten. Allein im belagerten Leningrad starben 500.000 Menschen an Hunger und Krankheiten. Von den über 4 Millionen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern wurden etwa zwei Drittel umgebracht. Über 6 Millionen sowjetische Soldaten wurden an der Front getötet oder starben an ihren Verletzungen. Die „unwiederbringlichen Verluste“ (Tote und Vermisste) der Roten Armee betragen nach Angaben aus russischen Archiven etwa 11 Millionen.

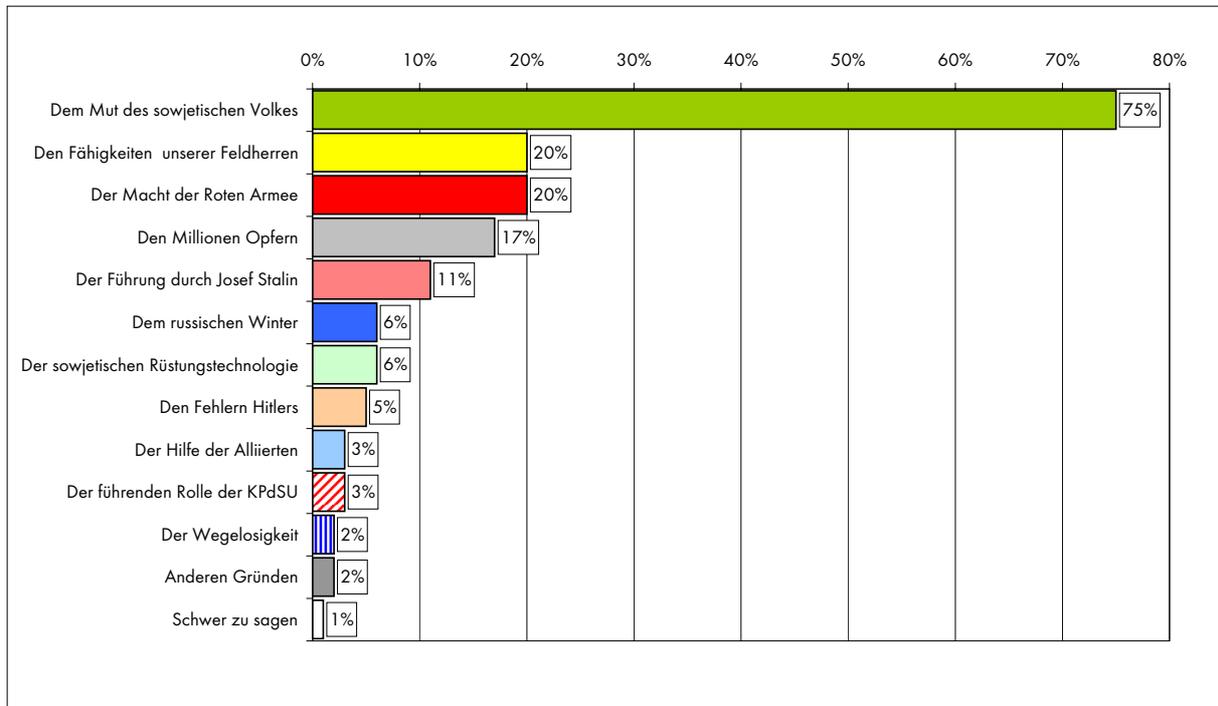
Warum übertrafen die sowjetischen Verluste im Großen Vaterländischen Krieg bei weitem die der Deutschen ?



	1991	2001
Wegen der Plötzlichkeit des Überfalls durch die Nazis	21%	35%
Weil die Stalinsche Führung sich nicht um Verluste kümmerte	33%	22%
Wegen der militärischen und technischen Überlegenheit der Deutschen in der Anfangszeit des Krieges	16%	19%
Wegen der Schwäche und Inkompetenz der sowjetischen Führung	12%	11%
Wegen der Grausamkeit der Nazis	5%	8%
Schwer zu sagen	13%	5%
Summe	100%	100%

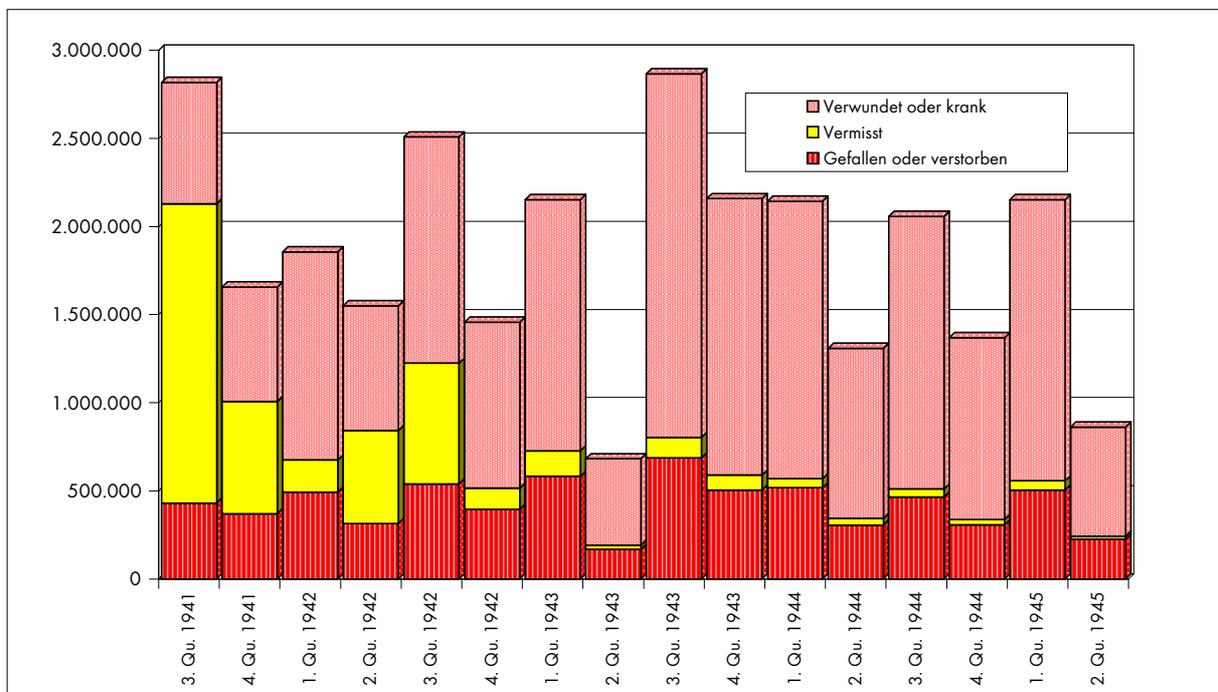
Quelle: Johnson's Russia List #5245, 9 Mai 2001(nach: strana.ru Mai 9, 2001; VCIOM Press-vypusk Nr. 16, 7. Mai 2001)

Welchem Faktor ist der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg vor allem zu verdanken?



Quelle: Umfrage von ROMIR, April 2005 http://rmh.ru/news/res_results/126.html

Personalverluste der sowjetischen Streitkräfte 1941–1945



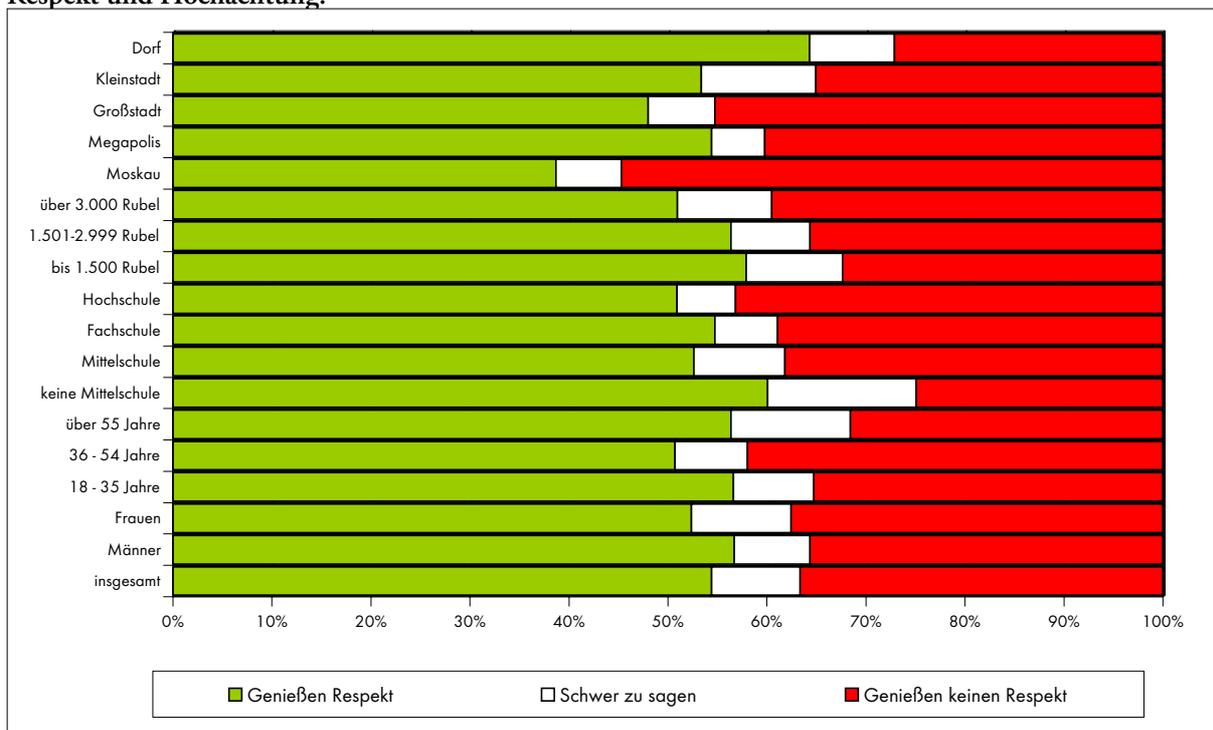
Quelle: Krivoschejew, G.F. (Hrsg.): *Grif sekretnosti snjat*, Moskau 1993, S. 146f.

Umfrage

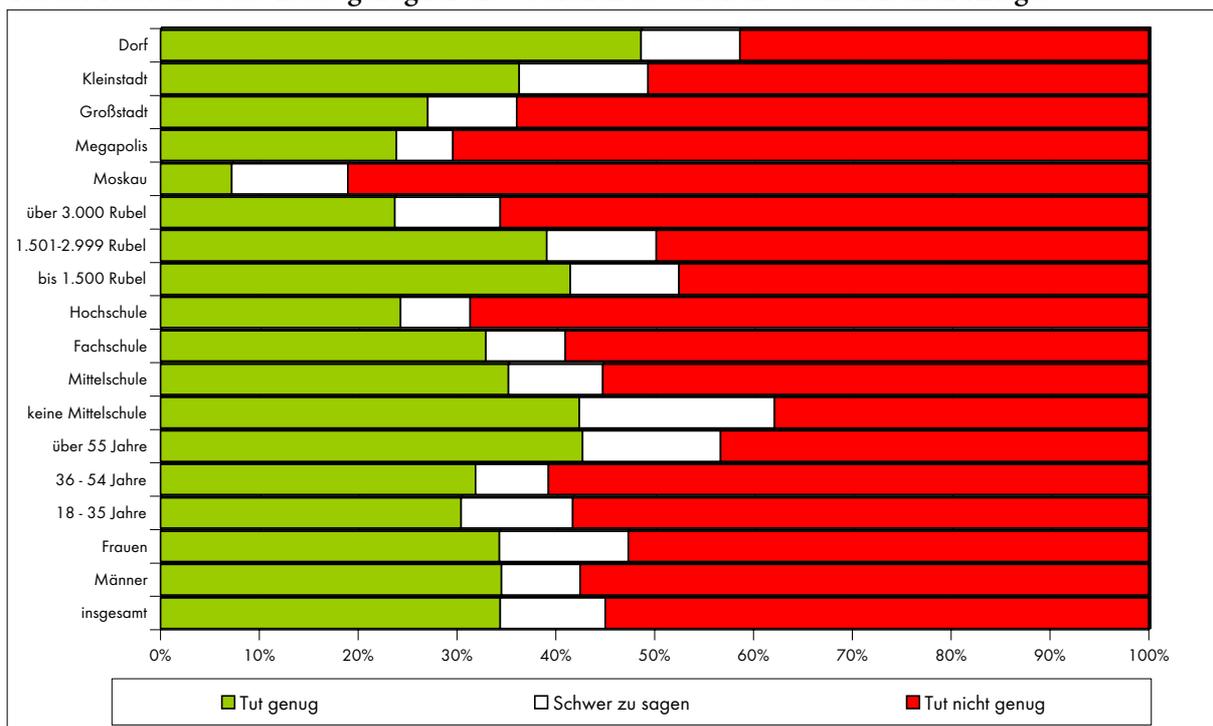
Die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges in der russischen Gesellschaft heute

Umfrage der “Stiftung Öffentliche Meinung” (FOM) vom 5.–6. März 2005

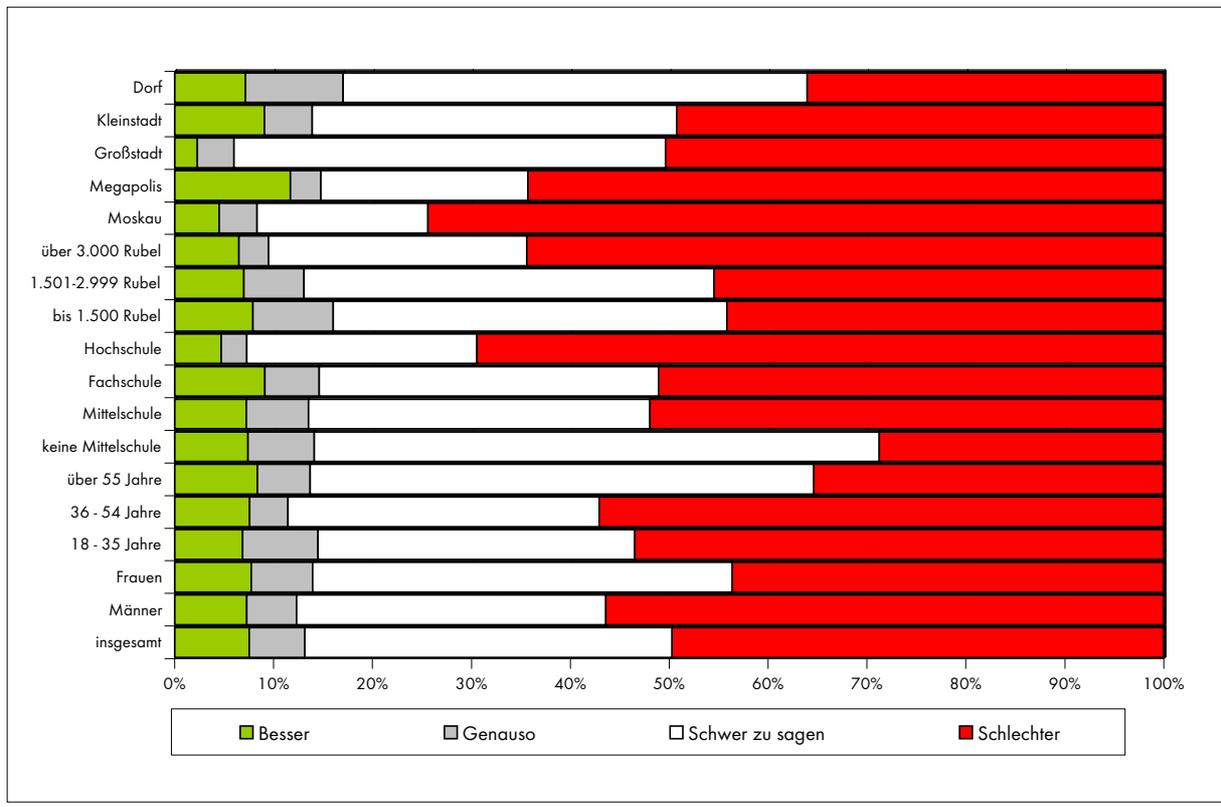
Genießen die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges heute in Russland Ihrer Ansicht nach Respekt und Hochachtung?



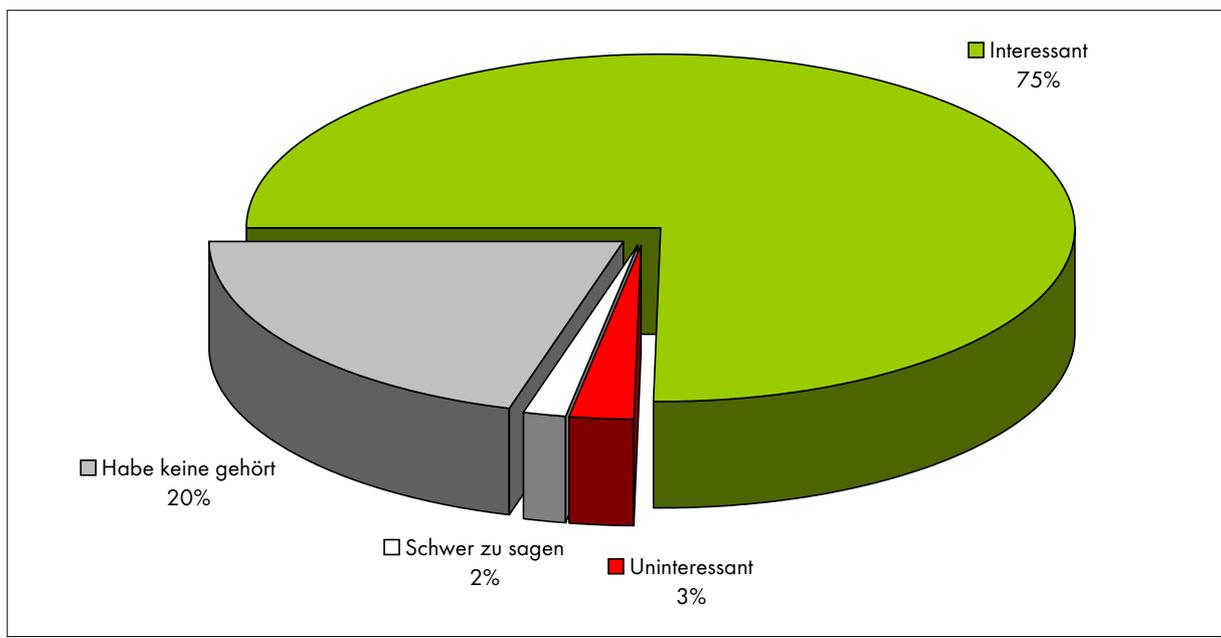
Tut der russische Staat heute genug für die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges?



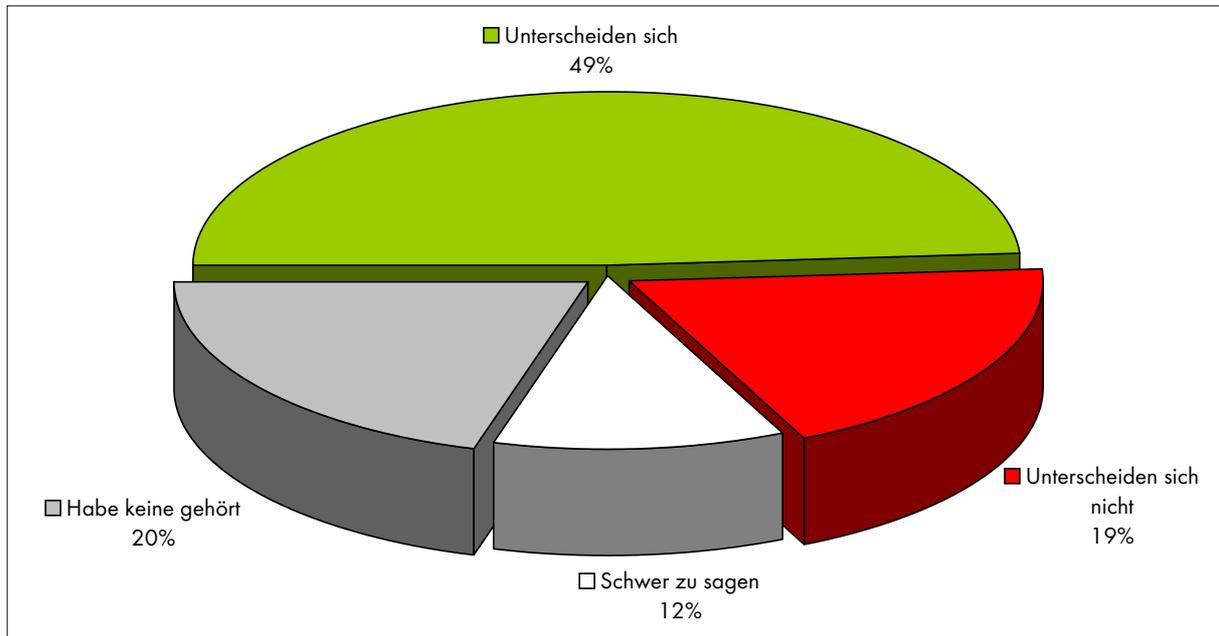
Leben die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges heute in Russland besser oder schlechter als die Weltkriegsveteranen anderer Länder?



Finden Sie Erzählungen von Veteranen über den Großen Vaterländischen Krieg interessant?



Unterscheiden sich die Erzählungen der Kriegsteilnehmer von dem, was heute in russischen Massenmedien über den Krieg berichtet wird?



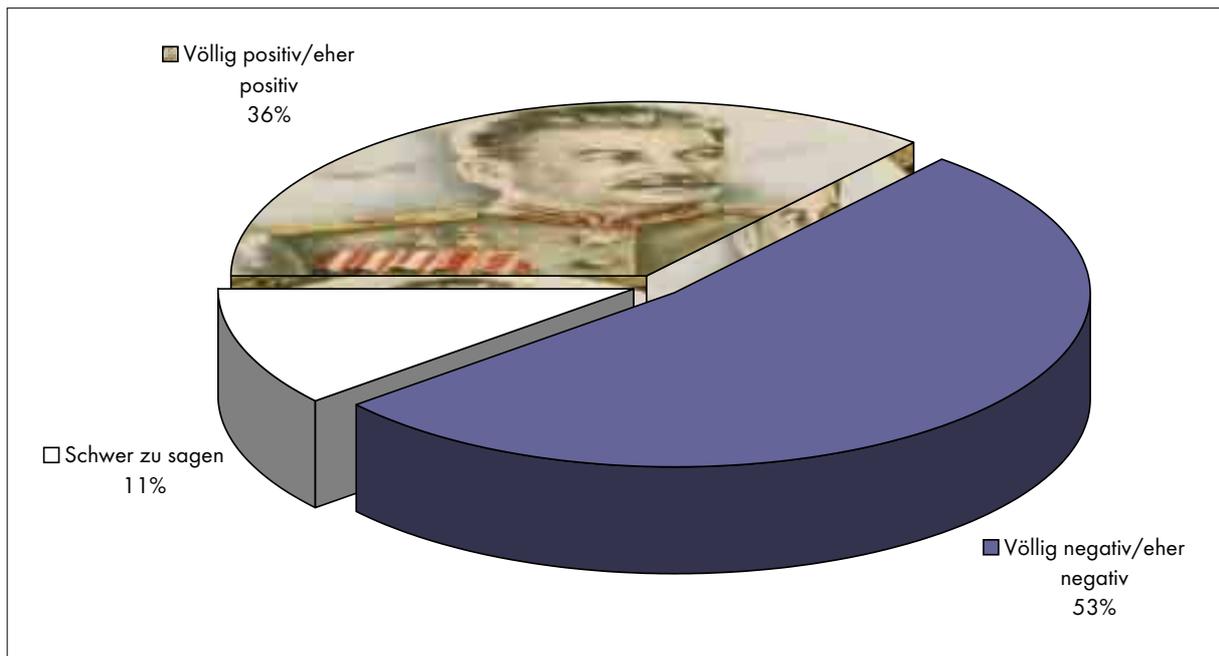
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0510.zip>

Umfrage

Denkmäler für Stalin?

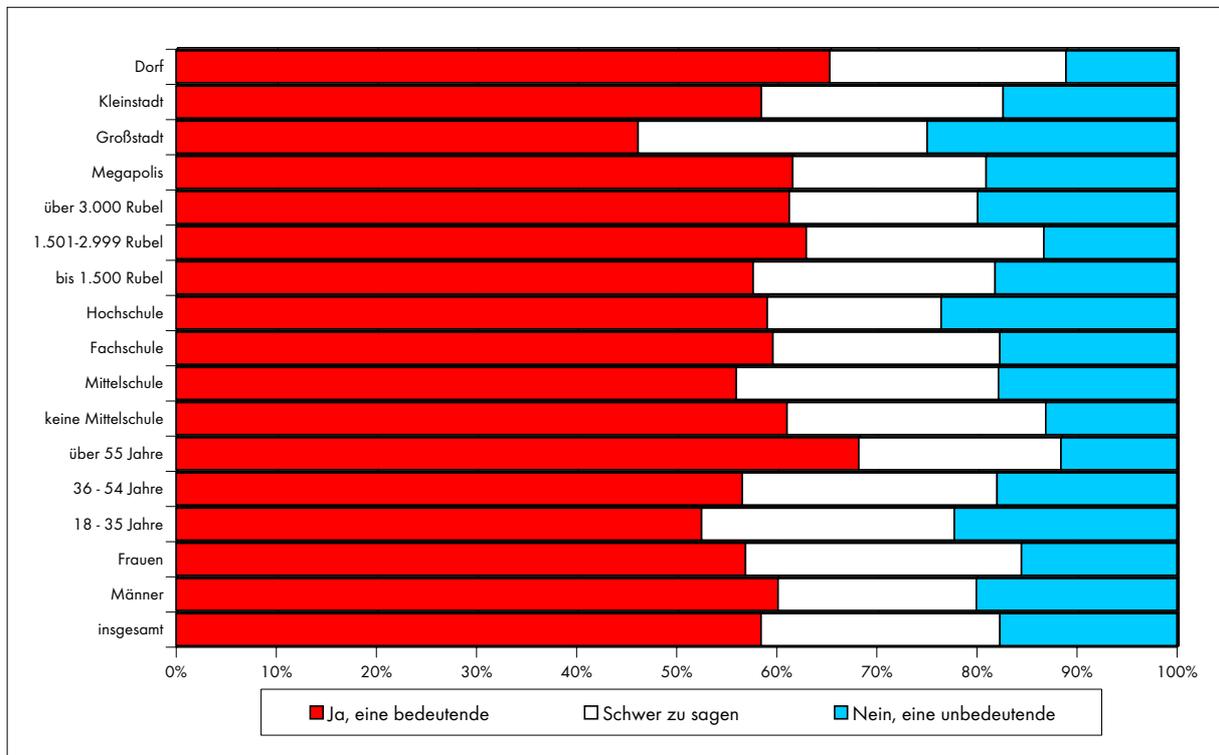
Umfrage des Lewada-Zentrums, April 2005

In einigen Städten Russlands will man Stalin-Denkmäler aufstellen. Wie stehen Sie zu dieser Idee?

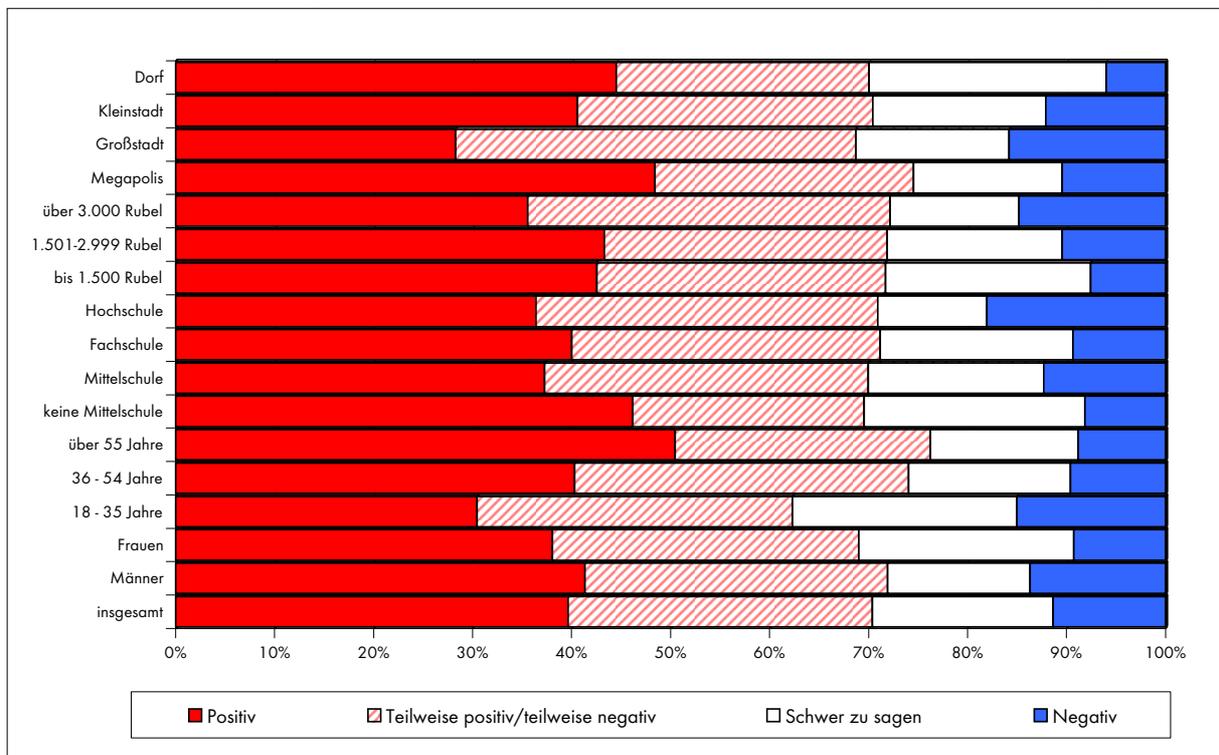


Quelle: <http://www.levada.ru./press/2005042601.html>

Hat Stalin beim Sieg unseres Landes im Großen Vaterländischen Krieg eine bedeutende Rolle gespielt?



Wie bewerten Sie die Tätigkeit Stalins als Führer des Landes im Großen Vaterländischen Krieg?



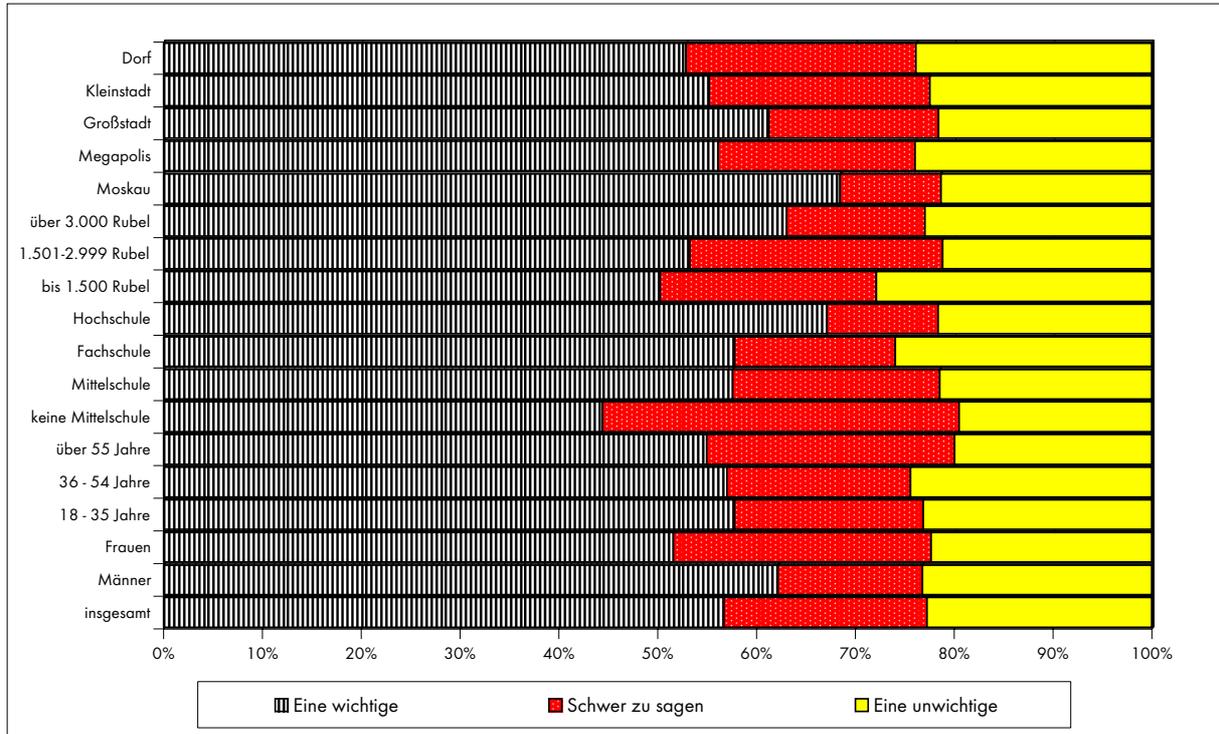
Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0517.zip>

Umfrage

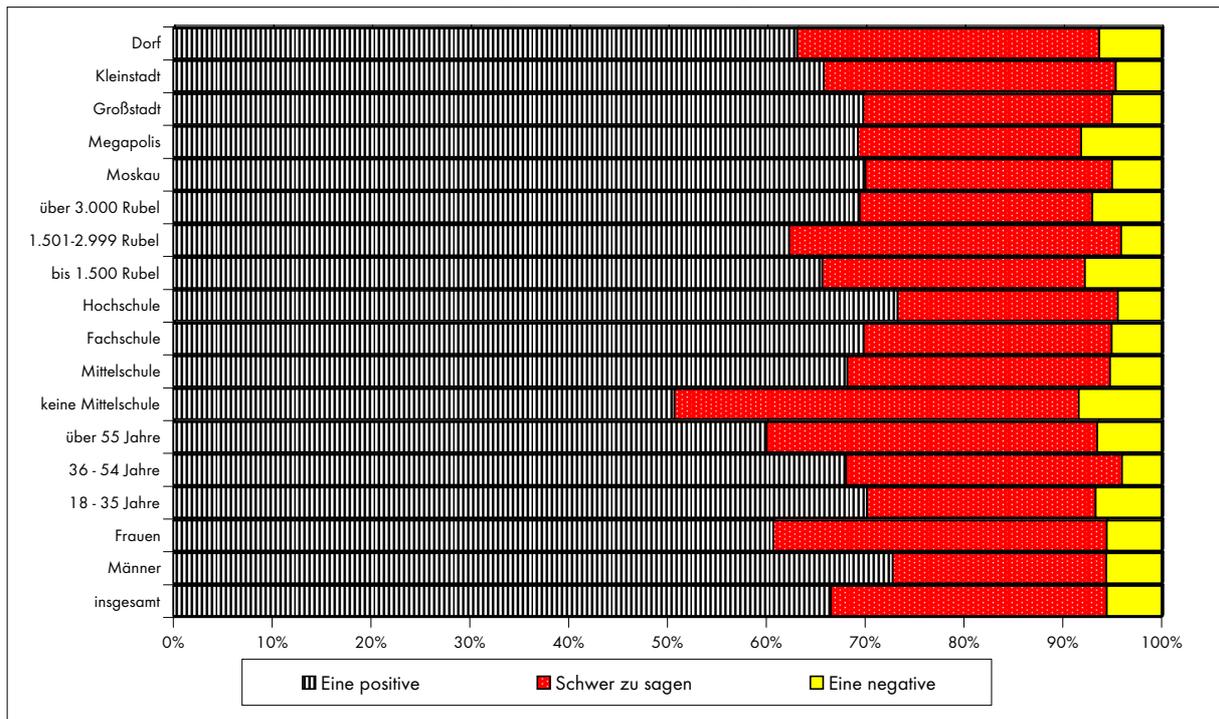
Das heutige Deutschland und die Vergangenheit

Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 16. und 17. April 2005

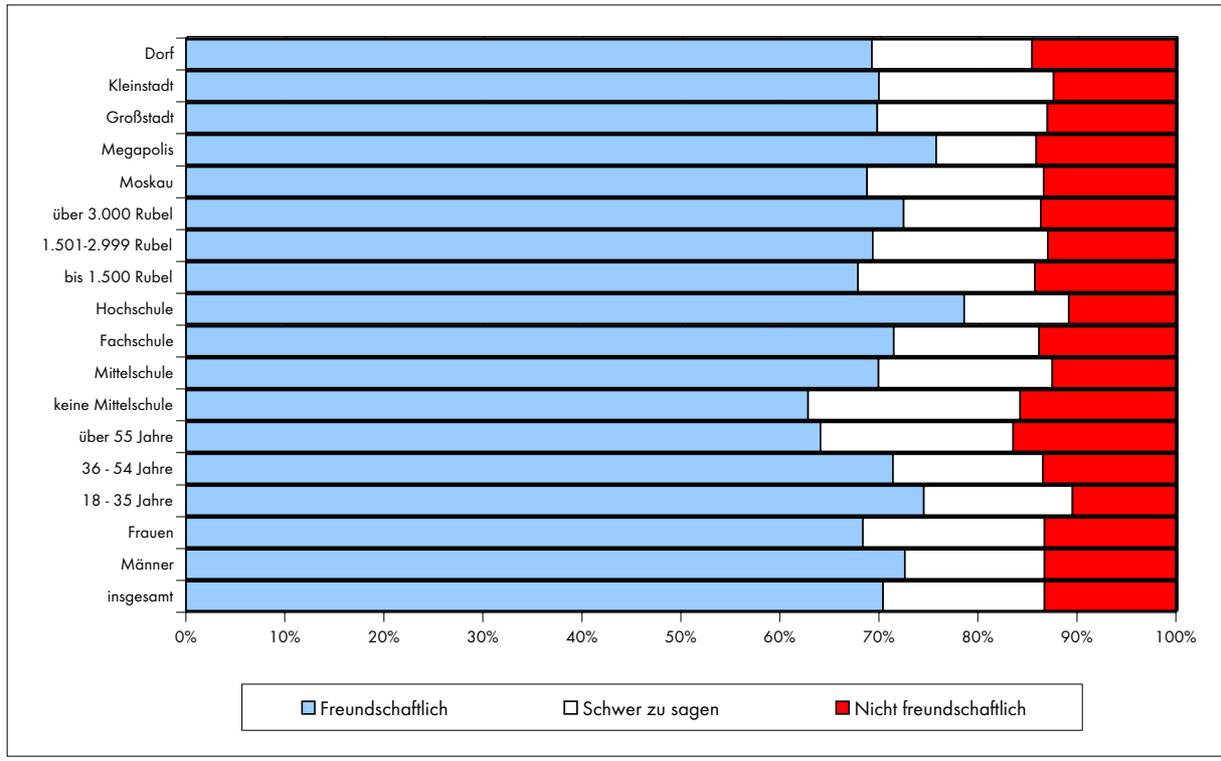
Spielt Deutschland heute in der Welt eine wichtige Rolle?



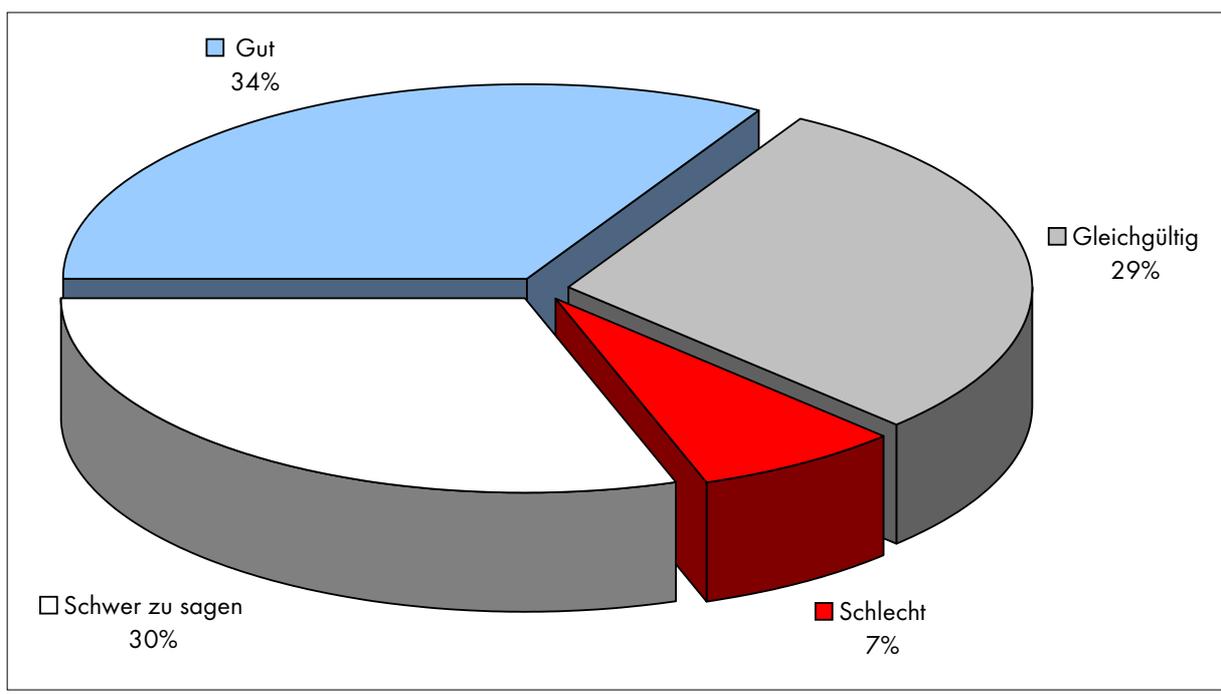
Spielt Deutschland heute in der Welt eine positive oder eine negative Rolle?



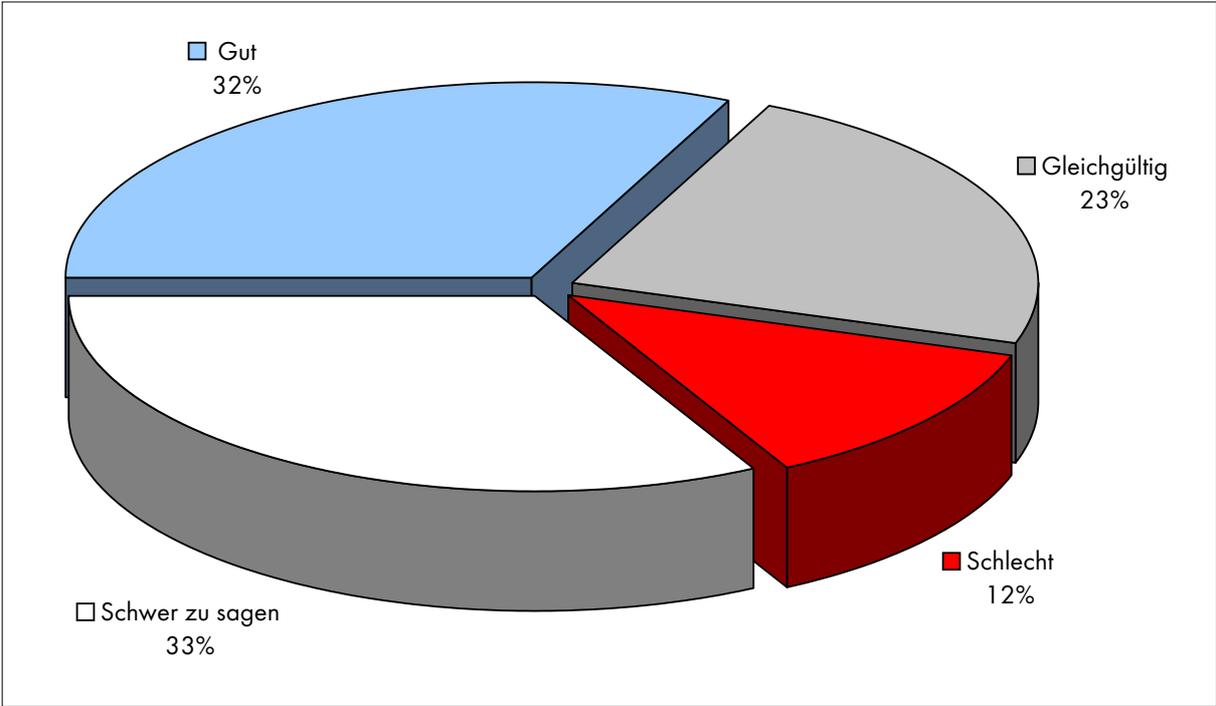
Steht Deutschland als Staat Russland freundschaftlich gegenüber?



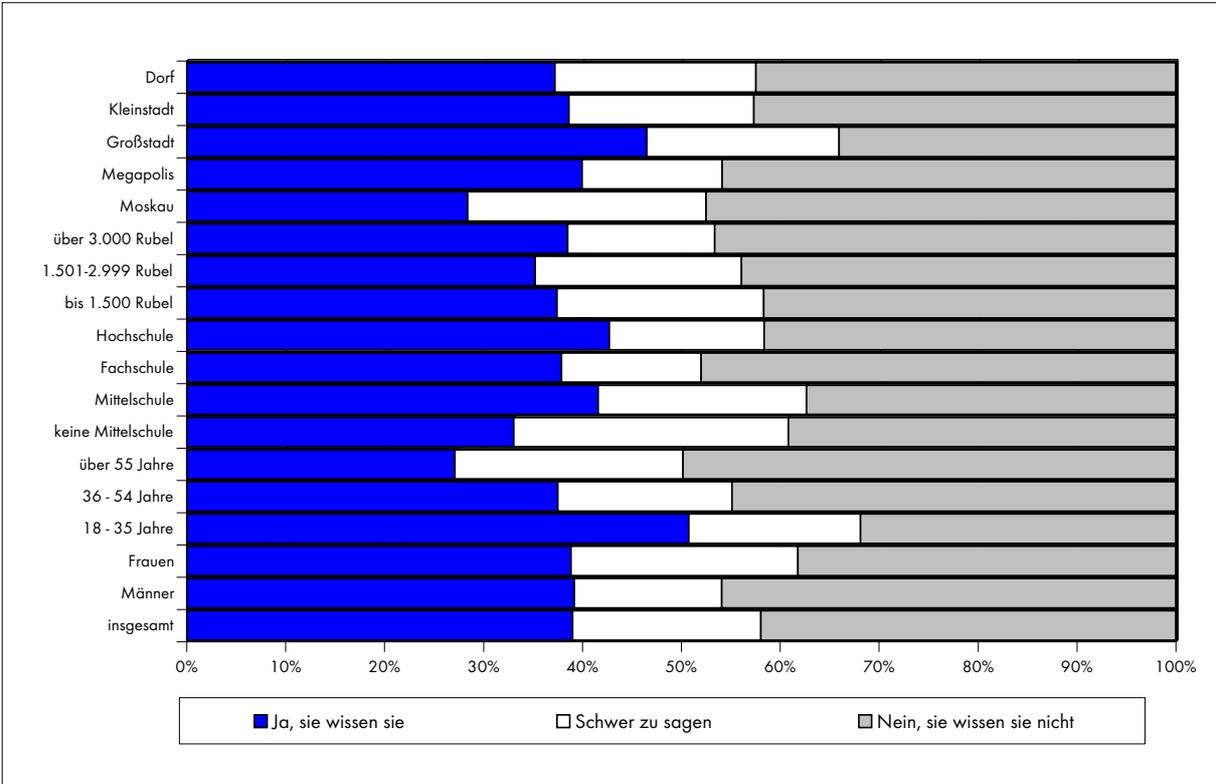
Wie steht die Mehrheit der Russen zu Deutschland?



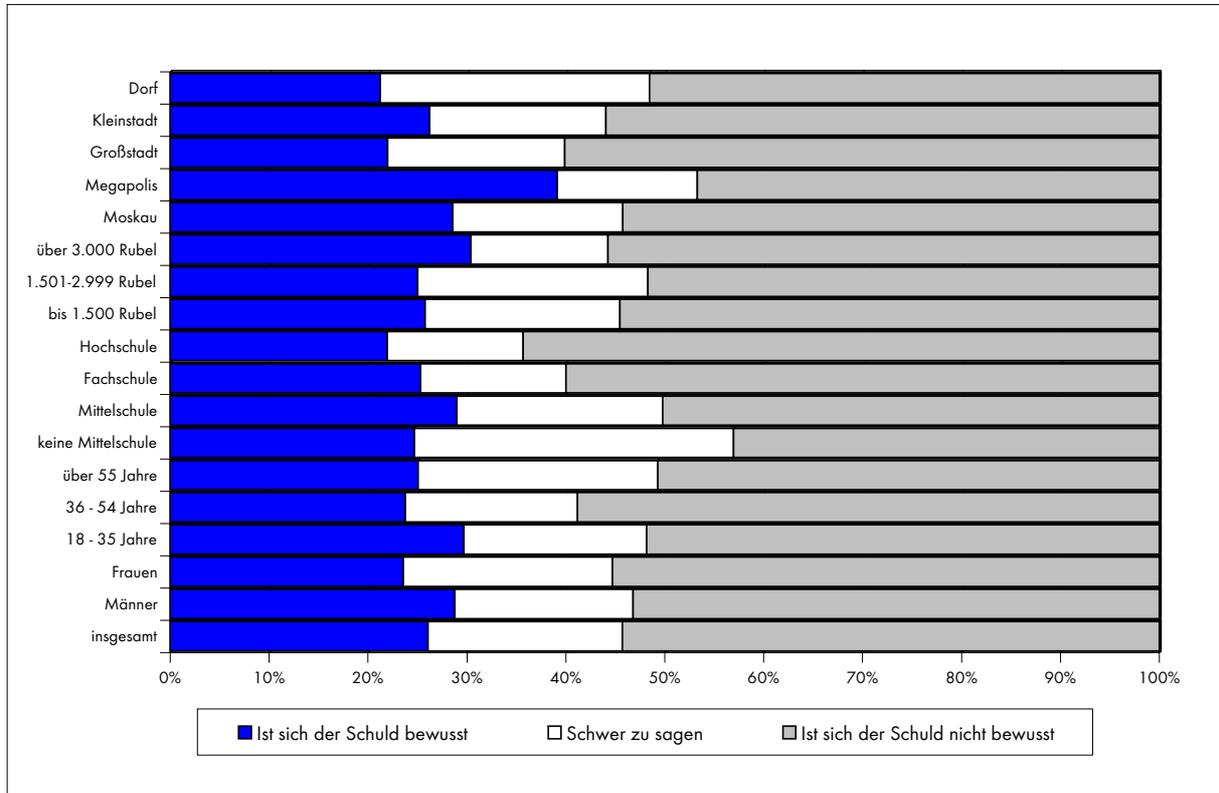
Wie steht Ihrer Meinung nach heute die Mehrheit der Deutschen zu Russland ?



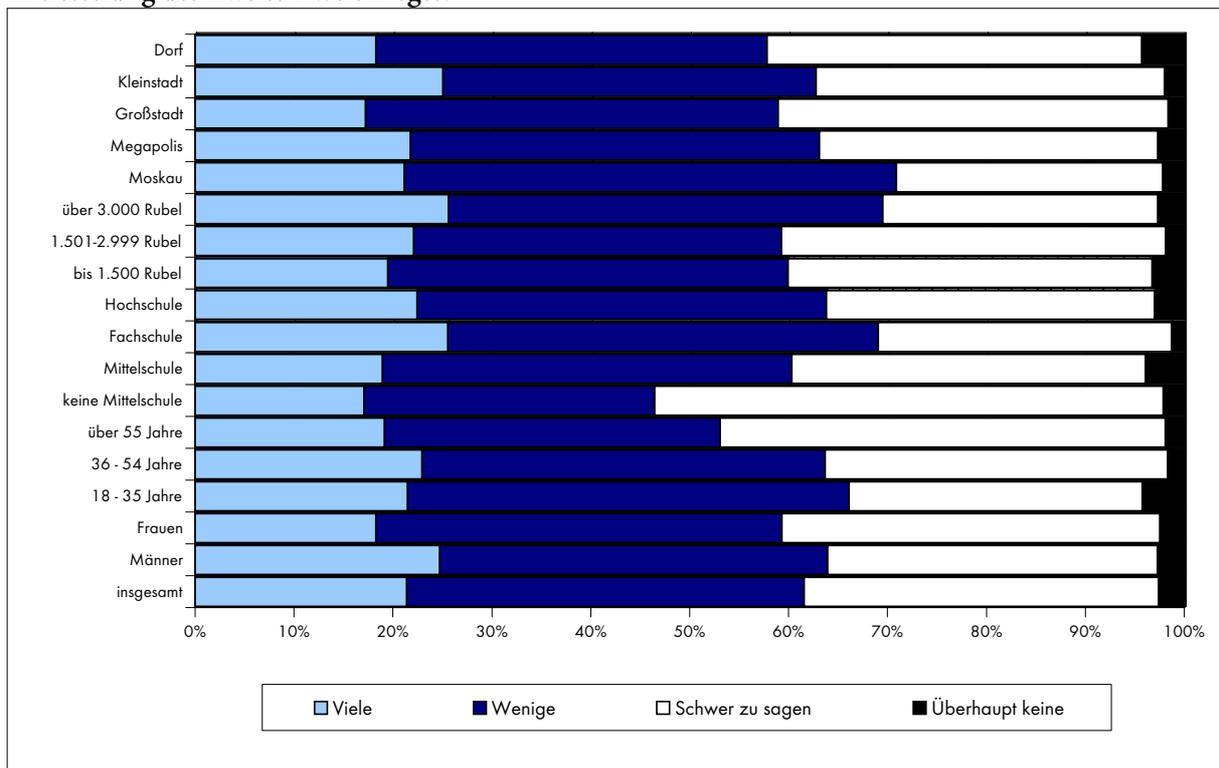
Was glauben Sie, weiß die Mehrheit der Deutschen die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg?



Glauben Sie, dass die Mehrheit der Deutschen ein Gefühl der Schuld für die Entfesselung des Krieges empfindet ?



Was glauben Sie, verurteilen heute viele oder wenige Deutsche das faschistische Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges?



Das heutige Deutschland und die Vergangenheit

	Russland insgesamt	Geschlecht		Lebensalter			Bildung			
		Männer	Frauen	18 - 35 Jahre	36 - 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule
Anteil der Gruppe	100,00%	48,48%	51,52%	32,95%	39,49%	27,56%	16,44%	35,45%	35,38%	12,73%
Glauben Sie, dass Deutschland heute in der Welt eine wichtige oder eine unwichtige Rolle spielt?										
Eine wichtige	56,69%	62,18%	51,52%	57,82%	57,02%	54,88%	44,28%	57,61%	57,78%	67,13%
Eine unwichtige	22,74%	23,20%	22,31%	23,13%	24,40%	19,90%	19,44%	21,46%	25,96%	21,60%
Schwer zu sagen	20,52%	14,62%	26,08%	19,06%	18,59%	25,05%	35,99%	20,93%	16,25%	11,26%
Glauben Sie, dass Deutschland heute in der Welt eine positive oder eine negative Rolle spielt?										
Eine positive	66,50%	72,79%	60,58%	70,09%	68,08%	59,95%	50,57%	68,20%	69,77%	73,29%
Eine negative	5,54%	5,56%	5,52%	6,65%	3,97%	6,47%	8,33%	5,18%	5,02%	4,40%
Schwer zu sagen	27,86%	21,64%	33,71%	23,11%	27,95%	33,41%	40,81%	26,62%	25,07%	22,31%
Russland und Deutschland										
Was glauben Sie, ist Deutschland als Staat Russland gegenüber freundschaftlich oder nicht freundschaftlich?										
Freundschaftlich	70,41%	72,62%	68,33%	74,56%	71,43%	63,99%	62,68%	69,96%	71,50%	78,60%
Nicht freundschaftlich	13,26%	13,26%	13,26%	10,43%	13,42%	16,42%	15,68%	12,47%	13,80%	10,82%
Schwer zu sagen	16,28%	14,12%	18,32%	15,01%	15,16%	19,42%	21,35%	17,56%	14,70%	10,58%
Wie stehen Sie persönlich zu Deutschland – gut, schlecht oder gleichgültig?										
Gut	49,03%	54,90%	43,50%	50,62%	54,84%	38,80%	27,10%	49,28%	53,72%	63,62%
Gleichgültig	41,37%	36,30%	46,14%	43,80%	37,39%	44,16%	52,48%	42,75%	38,97%	29,85%
Schlecht	5,96%	5,93%	5,99%	3,96%	4,11%	11,00%	13,68%	4,61%	4,58%	3,58%
Schwer zu sagen	3,59%	2,86%	4,28%	1,61%	3,67%	5,86%	6,45%	3,36%	2,73%	2,94%
Wie steht Ihrer Meinung nach die Mehrheit der Russen zu Deutschland - gut, schlecht oder gleichgültig?										
Gut	33,32%	34,11%	32,59%	34,91%	36,85%	26,38%	23,07%	33,86%	34,42%	42,03%
Gleichgültig	29,04%	29,11%	28,97%	29,97%	27,02%	30,81%	31,45%	27,46%	31,34%	23,90%
Schlecht	7,22%	6,87%	7,55%	7,12%	6,37%	8,58%	8,82%	7,57%	6,45%	6,35%
Schwer zu sagen	30,37%	29,91%	30,80%	28,01%	29,76%	34,06%	36,37%	31,11%	27,79%	27,73%

Was meinen Sie, wie steht heute die Mehrheit der Deutschen zu Russland – gut, schlecht oder gleichgültig?											
Gut	31,88%	34,87%	29,07%	35,45%	33,19%	25,74%	25,25%	32,55%	33,04%	35,35%	
Gleichgültig	23,08%	23,93%	22,28%	23,76%	23,47%	21,69%	24,40%	20,34%	24,73%	24,38%	
Schlecht	12,30%	11,93%	12,64%	10,74%	12,88%	13,33%	10,30%	11,23%	14,51%	11,72%	
Schwer zu sagen	32,70%	29,27%	35,92%	30,04%	30,46%	39,07%	39,76%	35,88%	27,72%	28,56%	
Der Zweite Weltkrieg im Gedächtnis der Deutschen											
Was glauben Sie, weiß die Mehrheit der Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen ist, die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg oder nicht?											
Ja, sie wissen sie	39,00%	39,19%	38,82%	50,77%	37,51%	27,06%	32,98%	41,58%	37,87%	42,70%	
Nein, sie wissen sie nicht	41,93%	45,90%	38,20%	31,90%	44,86%	49,74%	39,06%	37,32%	48,00%	41,63%	
Schwer zu sagen	19,02%	14,91%	22,89%	17,33%	17,64%	23,03%	27,67%	21,09%	14,13%	15,67%	
Beim Nürnberger Prozess 1946 wurde Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges schuldig gesprochen. Was meinen Sie, empfindet die Mehrheit der Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen ist, ein Gefühl der Schuld für die Entfesselung des Krieges oder nicht?											
Ist sich der Schuld bewusst	26,05%	28,70%	23,56%	29,59%	23,78%	25,07%	24,70%	28,90%	25,30%	21,95%	
Ist sich der Schuld nicht bewusst	54,22%	53,09%	55,29%	51,66%	58,82%	50,70%	43,06%	50,04%	59,97%	64,32%	
Schwer zu sagen	19,61%	17,98%	21,15%	18,41%	17,39%	24,23%	32,24%	20,75%	14,72%	13,73%	
Manchen glauben, dass die Deutschen, die nach dem Kriege geboren und aufgewachsen sind, kein Schuldbewusstsein dafür empfinden sollen, dass Deutschland den zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Andere meinen, dass alle Deutschen, unabhängig vom Alter, ein Schuldbewusstsein empfinden sollen, dass Deutschland den zweiten Weltkrieg entfesselt hat. Welchen Standpunkt teilen Sie – den ersten oder den zweiten?											
Den ersten (kein Schuldbewusstsein)	50,19%	50,12%	50,26%	50,03%	54,71%	43,91%	39,55%	52,60%	48,68%	61,43%	
Den zweiten (Schuldbewusstsein)	32,96%	34,54%	31,46%	29,50%	31,39%	39,33%	37,66%	29,14%	35,51%	30,42%	
Schwer zu sagen	16,85%	15,34%	18,28%	20,47%	13,90%	16,77%	22,79%	18,26%	15,81%	8,16%	
Was glauben Sie, gibt es heute unter den Deutschen viele oder wenige, die das faschistische Deutschland wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges verurteilen? Oder gibt es überhaupt keine?											
Viele	21,42%	24,74%	18,29%	21,50%	22,95%	19,13%	17,07%	18,94%	25,56%	22,42%	
Wenige	40,15%	39,22%	41,03%	44,61%	40,77%	33,93%	29,38%	41,37%	43,49%	41,38%	
Überhaupt keine	2,58%	2,70%	2,46%	4,22%	1,66%	1,93%	2,11%	3,92%	1,31%	2,98%	
Schwer zu sagen	35,85%	33,34%	38,22%	29,67%	34,63%	45,01%	51,45%	35,77%	29,64%	33,21%	

Quelle: <http://bd.fom.ru/zip/tb0516.zip>

Dokumentation

Am 11. März 2005 hat die russische Militärstaatsanwaltschaft auf einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass das Untersuchungsverfahren wegen Mordes an 21.500 polnischen Offizieren und Zivilisten, bekannt als „Verbrechen von Katyn“ abgeschlossen worden ist. Da die Schuldigen bereits verstorben sind, wird die Verfolgung eingestellt. Von den 183 Aktenordnern sind 116 als geheim klassifiziert. Unter Geheimhaltung fallen auch die Namen der Schuldigen. Nur der kleinere Teil der Informationen ist der Öffentlichkeit zugänglich. Die Militärstaatsanwaltschaft klassifiziert den Fall nicht als Völkermord.

Die **Internationale Gesellschaft Memorial** gibt zu diesem Vorgang folgende Erklärung ab:

Zur Untersuchung des „Verbrechens von Katyn“ in Russland

Vor 65 Jahren, im April und Mai 1940, wurden fast 22.000 polnische Staatsbürger von Mitarbeitern des NKWD der UdSSR erschossen: gefangene polnische Offiziere und andere Gefangene der Kriegsgefangenenlager von Koselsk, Ostaschkowsk und Starobelsk, sowie polnische Gefangene aus den Gefängnissen der westlichen Bezirke der Weißrussischen SSR und der Ukrainischen SSR. Diese „Operation“ des NKWD ist unter der Bezeichnung „Verbrechen von Katyn“ bekannt geworden (vom Namen des Örtchens Katyn in der Nähe von Smolensk, an dem zuerst die Begräbnisstätten einer Gruppe von Erschossenen gefunden worden waren).

50 Jahre lang hat die Führung der UdSSR die Wahrheit über das Verbrechen von Katyn sorgfältig verborgen, es abgelehnt, auch offensichtliche Beweise anzuerkennen und versucht, die Schuld auf Nazideutschland abzuwälzen. Erst im April 1990 hat die Sowjetunion offiziell anerkannt, dass polnische Staatsbürger vom NKWD erschossen wurden, und der Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow hat dem polnischen Präsidenten Wojciech Jaruzelski Archivadokumente übergeben, die eine namentliche Liste mit 14.589 hingerichteten Gefangenen enthielten. Kurz darauf hat die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft auf Anordnung des Präsidenten der UdSSR eine Untersuchung des Falls „Über das Schicksal polnischer Offiziere, die in den Lagern Koselsk, Ostaschkowsk und Starobelsk gefangen gehalten wurden“ eingeleitet.

Im Oktober 1992 wurden dem polnischen Präsidenten Lech Walesa im Auftrag des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin neue Dokumente übergeben, darunter der Beschluss des Politbüros des ZK der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewisten) mit den persönlichen Unterschriften von Stalin, Woroschilow, Molotow und Mikojan und dem Zusatz „haben mit ja gestimmt“ zu Kalinin und Kaganowitsch. Diese Dokumente bestätigten, dass der Beschluss zu diesen außergerichtlichen Hinrichtungen polnischer Kriegsgefangener von den höchsten Führern der UdSSR gefasst wurde. Außerdem zeigten diese Dokumente erstmals, dass gleichzeitig mit den gefangenen Offizieren weitere 7.305 Gefangene aus Gefängnissen im Westen Weißrusslands und der Ukraine außergerichtlich vernichtet wurden. Eine Namensliste von 3.435 Gefangenen, die in der Ukraine

erschossen worden waren, wurde der polnischen Seite vom ukrainischen Staat im Mai 1994 übergeben. Der weißrussische Teil der Liste wurde bis heute nicht gefunden (die Staatsführung der Republik Weißrussland behauptet, die Suche in den Archiven habe ergebnislos geendet).

In den 62 Jahren, die seit der Entdeckung der Gräber bei Katyn vergangen sind, wurde über das „Verbrechen von Katyn“ nicht wenig gesagt und geschrieben, allerdings sind viele wichtige Fragen bis heute unbeantwortet geblieben. Dessen ungeachtet erklärte der Hauptmilitärstaatsanwalt Russlands Alexander Sawenkow auf einer extra anberaumten Pressekonferenz am 11. März 2005, die Untersuchung des „Falls Katyn“ sei eingestellt worden, weil der „Tatbestand des Genozids im Verbrechen“ nicht festgestellt werden könne und weil die Amtspersonen, die Schuld an dem Verbrechen tragen, inzwischen gestorben seien.

Wir halten die Einstellung der Untersuchungen für nicht hinnehmbar.

Zum ersten: Selbst wenn es keinen Genozid gegeben hat, bleibt es trotzdem notwendig zu sagen, wie die ungerichtlichen Erschießungen zu qualifizieren sind – als Kriegsverbrechen, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder als geplanter Mord unter erschwerenden Umständen? Den Fall ohne rechtliche Bewertung abzuschließen sieht wie der Versuch aus, jede Verantwortung für das Verbrechen von sich zu weisen.

Zum zweiten: Bis heute ist die Identität eines bedeutenden Teils der Opfer (fast 4.000 Menschen) noch nicht geklärt, eben der Gefangenen, die in Weißrussland erschossen wurden. Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft beruft sich hier darauf, dass die Verbrechen außerhalb Russlands verübt wurden und deshalb von den Justizbehörden des entsprechenden Landes untersucht werden müssten. Dieser Einwand wirkt allerdings in diesem Fall nicht besonders überzeugend, weil der Beschluss die polnischen Staatsbürger zu erschießen in Moskau getroffen wurde, von hier aus die gesamte Operation gelenkt wurde und hier alle Berichte über ihre Ausführung zusammen kamen (zum Beispiel wird die Liste von Offizieren aus dem Lager Starobelsk, die im ukrainischen Charkow erschossen wurden, im Moskauer Archiv aufbewahrt). Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft hat die Pflicht zu beweisen, dass sie in russischen Archiven nach der „weißrussischen“ Liste gesucht hat. Sie muss nachweisen, dass sie sich an die

Justizbehörden der Republik Weißrussland gewandt hat und die Antworten dieser Behörden vorweisen.

Zum Dritten: Die Behauptung des Hauptmilitärstaatsanwalts Russlands, dass mit „absoluter Genauigkeit“ nur der Tod von 1.803 Menschen bestätigt werden könne, muss aufgeklärt werden, wenn gleichzeitig allgemein bekannt ist, dass die Zahl der umgekommenen Gefangene höher als 14.500 ist.

Und zum Schluss: Der „Fall Katyn“ kann nicht als abgeschlossen gelten, ohne das die Namen aller Personen, die an der Ausführung dieses Verbrechens beteiligt waren, festgestellt und öffentlich zugänglich sind. Das betrifft sowohl die Initiatoren, deren Namen bereits bekannt sind, als auch die ausführenden Personen auf allen Ebenen. Wir verstehen, dass es nicht möglich ist, die Verbrecher dem Gericht zu übergeben, wenn sie schon gestorben sind. Ihre Namen müssen aber genannt werden. Das wurde und wird in allen zivilisierten Ländern so gemacht, in der Regel ohne die Einrichtung spezieller Tribunale. Das fordert auch die russische Gesetzgebung, unter anderem das Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung“, Teil 2, Absatz 18.

Es ist unmöglich, der Entscheidung der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation zuzustimmen, den größten Teil der Untersuchungsmaterialien für geheim zu erklären (unter Einschluss des Beschlusses über die Einstellung der Strafsache selbst). Diese Entscheidung ist völlig rechtswidrig, weil in Übereinstimmung mit dem Gesetz der Russischen Föderation „Über Staatsgeheimnisse“ „Informationen über Fakten der Verletzung von Rechten und Freiheiten des Menschen und der Staatsbürger (...) nicht als Staatsgeheimnis geführt oder als geheim eingestuft werden dürfen“ (Absatz 7). Die Einstufung von Fällen durch die Staatsanwaltschaft als geheim, die Anzeichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit enthalten, wird von der öffentlichen Meinung in Russland und im Ausland unausweichlich als Rückkehr zur alten sowjetischen Politik verstanden werden, die darauf zielte, die verbrecherischen Machenschaften des Stalinregimes zu verbergen und ihre Organisatoren und Initiatoren zu decken. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Reputation des Landes und seine Beziehungen mit anderen Staaten einer korporativen „Ethik“ und Amtsnormen zum Opfer gebracht werden.

Ob das die Militärjuristen nun wollten oder nicht, aber die Erklärung zur Einstellung der Untersuchung des „Falls Katyn“, noch dazu am Vorabend des 60. Jahrestages des Sieges, erinnert die ganze Welt daran, dass die Sowjetunion nicht nur Mitglied der

Antihitlerkoalition war und auf ihren Schultern die Hauptlast des Kampfs gegen den Faschismus getragen hat, sondern auch jene unzweifelhafte Tatsache, dass die UdSSR, nachdem sie im August 1939 mit Hitlerdeutschland einen Pakt geschlossen hatte, eine Reihe von Annexionen vornahm und sich die östlichen Gebiete des damaligen polnischen Staates, Litauen, Lettland, Estland, die Nordbukowina und Bessarabien einverleibte. Und dass in diesen Gebieten unverzüglich der Massenterror einsetzte, dessen Bestandteil, in einer Reihe mit Verhaftungen und Deportationen, die „Sonderoperation“ zur Vernichtung der polnischen Kriegsgefangenen und Häftlinge war.

Das Gedächtnis an den Sieg 1945 ist untrennbarer Bestandteil des Gedächtnisses an alle Menschen, die durch die totalitären Regime des XX. Jahrhunderts vernichtet wurden – von den an den Fronten Gefallenen bis zu den in den Folterkammern Umgekommenen des Zweiten Weltkriegs. Versuche, dieses Gedächtnis zu beschweigen oder zu schwächen sind Angriffe auf Sinn und Ziele des großen antifaschistischen Krieges.

Wir rufen die oberste Führung des Landes auf, die Politik der Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow und des Präsidenten der Russischen Föderation Boris Jelzin fortzusetzen, die Wahrheit über die Ereignisse des Jahres 1940 aufzudecken und alles Notwendige zur Wiederaufnahme der Untersuchungen der „Verbrechen von Katyn“ zu unternehmen. Das Verbrechen muss juristisch bewertet werden. Die Namen aller Opfer müssen herausgefunden werden. Die Namen aller Schuldigen und Ausführenden müssen veröffentlicht werden. Alle Untersuchungsmaterialien müssen nach ihrem Abschluss der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht werden, vor allem aber der polnischen und der russischen Öffentlichkeit. Wir sind davon überzeugt, dass nur diese Handlungen einem großen Land würdig sind, einem Land, das den Faschismus besiegt hat, dass sich vom Kommunismus losgesagt hat und das einen demokratischen Entwicklungsweg gewählt hat.

Wir sind ebenso von der Notwendigkeit überzeugt, alle Opfer des „Verbrechens von Katyn“ zu rehabilitieren und wir wenden uns, in Übereinstimmung mit Absatz 6 des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung“ vom 18. Oktober 1991, mit der Forderung an die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, sie zu rehabilitieren.

Vorstand der Internationalen Gesellschaft Memorial

Übersetzung: Jens Siegert, Moskau

Im Web veröffentlicht auf der Seite der Heinrich-Böll-

Stiftung in Moskau: „Demokratie in Russland“

http://www.boell.de/de/05_world/3277.html

Literatur zum Fall Katyn:

Gerd Kaiser: Katyn: Das Staatsverbrechen - das Staatsgeheimnis. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, 2002, 476 S.

Gerhard Kaiser; Andrzej L. Szczesniak: Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren, Berlin: Christoph Links Verlag 1992, 336 S.

Czeslaw Madajczyk: Das Drama von Katyn, Berlin: Dietz Verlag 1992, 328 S.

Chronik

Vom 28. April bis zum 5. Mai 2005

28.4.2005	Mitglieder der Nationalbolschewistischen Partei besetzten die Vertretung Baschkortostans in Moskau und fordern „Baschkortostan ohne Rachimow“ und „Russland ohne Putin“. Die Polizei verhaftet zehn Besetzer.
28.4.2005	Das russische Außenministerium erklärt, es werde den Grenzvertrag mit Lettland nicht unterzeichnen, wenn Lettland sich nicht von der Deklaration des lettischen Parlaments distanzieren, das am 27. April Kompensationen für die Besetzung durch die Sowjetunion gefordert hatte.
29.4.2005	In Naltschik (Kabardino-Balkarien) geraten mehrere Guerillakämpfer in eine Personenkontrolle, die von Mitarbeitern des FSB und Angehörigen der regionalen Inneren Truppen durchgeführt wird. Bei dem folgenden Feuergefecht werden vier Guerillakämpfer und ein Polizist getötet. Zwei Guerillakämpfer werden festgenommen.
30.4.2005	In Nasran (Inguschetien) sperren Polizeitruppen den Hauptplatz der Stadt ab und verhindern so eine Demonstration gegen den inguschischen Präsidenten Sjasikow. Der inguschische Parlamentsabgeordnete Musa Odsojew wird festgenommen.
30.4.2005	Ein Gericht in Minsk (Belarus) setzt 14 Russen auf freien Fuß, die am 26. April wegen Teilnahme an einer Demonstration gegen Lukaschenko verhaftet und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren.
1.5.2005	Präsident Putin, Ministerpräsident Fradkow, Dmitrij Medwedjew, der Leiter der Präsidialadministration, und der Moskauer Bürgermeister Luschkow besuchen den orthodoxen Ostergottesdienst in der Moskauer Erlöserkathedrale, der von Patriarch Alexij II. zelebriert wird. Der Gottesdienst wird im Fernsehen übertragen.
1.5.2005	Anlässlich des 1. Mai organisieren Gewerkschaften und Parteien landesweit Demonstrationen, an denen insgesamt 1,2 Millionen Personen teilnehmen. Die größten Veranstaltungen mit 90.000 bzw. 81.000 Teilnehmern finden in Perm und Jakutsk statt. In Moskau demonstrieren 10.000 Anhänger linker Parteien (u.a. „Heimat“ und Nationalbolschewistische Partei). gemeinsam mit der KPRF gegen Putin. Der Moskauer Bürgermeister Luschkow spricht vor Anhängern von „Einiges Russland“. Jabloko und andere liberale Gruppen veranstalten eine Protestkundgebung mit einigen hundert Teilnehmern vor dem ehemaligen Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes KGB.
1.5.2005	Skinheads greifen in der Moskauer Metro zwei algerische Offiziere an, die an einem Lehrgang der russischen Generalstabsakademie teilnehmen.
2.5.2005	Der ehemalige russische Minister für Atomenergie, Jewgenij Adamow, wird in der Schweiz auf Antrag amerikanischer Stellen festgenommen. Gegen Adamow wird in den USA ermittelt. Ihm wird die Unterschlagung von Hilfsgeldern in Höhe von 9 Mio. US\$ vorgeworfen, die für die Verbesserung der Sicherheit russischer Nuklearanlagen vorgesehen waren.
4.5.2005	Generalleutnant Wladimir Gorbas, Befehlshaber der Luftstreitkräfte und der Luftabwehr in Rostow am Don, teilt mit, dass die Aktivität der ausländischen Luftaufklärung, insbesondere durch NATO-Staaten, an der Südgrenze Russlands zugenommen hat.
4.5.2005	Verteidigungsminister Sergej Iwanow erklärt in einem Interview mit der „Rossijskaja gazeta“, dass Russland bereit sei, seine Stützpunkte in Georgien zu räumen, dass dies jedoch vier Jahre in Anspruch nehmen werde.
4.5.2005	Die regionale Wahlkommission des Gebietes Magadan hat den Block „Unsere Heimat ist Kolyma“, in dem sich SPS, Jabloko und die Demokratische Partei zusammengefunden haben, von den regionalen Parlamentswahlen am 22. Mai ausgeschlossen, nachdem 8 der 24 Listenkandidaten zurückgetreten sind. Dem Vernehmen nach hat die Gebietsadministration Druck auf die Kandidaten ausgeübt.
4.5.2005	Die Administration der Region Krasnojarsk entscheidet, keine Stalin-Büste aufzustellen. Gouverneur Chloponin begründet dies vor Veteranen damit, dass es in Russland keinen schrecklicheren Völkermord gegeben hat als unter Stalin.
5.5.2005	In Tschetschenien entdecken föderale Sicherheitskräfte einen KamAZ-LKW, der mit 1 t 200 kg Sprengstoff beladen ist.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de